

LENA STROTHMANN



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Deutsche Bundestag startete in dieser Woche die Beratungen über den Bundesetat 2008. Die Finanzpolitik ist die Schlüsselpolitik für die grundsätzliche Ausrichtung der Bundesregierung. Das Parlament wird konstruktive und wichtige Änderungen am Entwurf der Bundesregierung vornehmen, insbesondere meine AG Haushalt hat dazu konkrete Vorschläge gemacht. Leider kann ich die Berliner Politik derzeit nur zu Hause in OWL verfolgen, da mich ein komplizierter Fußbruch immobil macht. Aber Dank der technischen Errungenschaften wie E-Mail, Fax und auch dem guten alten Telefon stehe ich in ständigem Kontakt mit dem Bundestag und meinen Büros.

An dieser Stelle danke ich auch für die zahlreichen herzlichen Genesungswünsche aus OWL.

Ihre

Rückblick auf die Parlamentarische „Sommerpause“

Schutz vor ausländischen Staatsfonds

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Sarkozy haben angeregt, europäische Unternehmen vor ausländischen Fonds (Heuschrecken) zu schützen. Bei Schlüsselbranchen soll es ein Mitspracherecht der Politik geben. Dies betrifft Fonds in ausländischen Staatsbesitz, die laut Merkel, nicht wie private Fonds die Rendite als Ziel haben, sondern auch politische Ziele verfolgen könnten. Als schützenswerte Schlüsselbranchen sind die Telekommunikations- und die Energiebranche im Gespräch.

Steinkohleausstieg

Die EU-Kommission hat Beihilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau genehmigt. Die Genehmigung sichert den sozialverträglichen Anpassungsprozess bei der Steinkohle ab. Der deutsche Steinkohlenbergbau kann demnach dieses Jahr staatliche Beihilfen im Umfang von 2,5 Mrd. erhalten. Die Beihilfen werden vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gezahlt. 1,7 Mrd. sind für die Finanzierung der laufenden Produktion bestimmt. Für die Deckung von Stilllegungsaufwendungen und von Altlasten sind 0,8 Mrd. veranschlagt. Gegenwärtig fördert die RAG AG in ihren acht Bergwerken noch etwa 20 Mio. t Steinkohle. Dieser unwirtschaftliche Steinkohlenbergbau soll bis zum Jahr 2018 sozialverträglich eingestellt werden.

Das Kabinett beschließt dazu am 8. August das Steinkohlefinanzierungsgesetz. Nach Beendigung der subventionierten Steinkohleförderung bestehen jedoch weiter Verpflichtungen der RAG AG. Das sind die sogenannten Ewigkeitslasten. Sie werden nicht über Beihilfen finanziert. Diese Lasten umfassen die Grubenwassererhaltung, die Dauerbergschäden und die Grundwasserreinigung. Sie werden in Rahmen eines Erblastenvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und der RAG-Stiftung aus dem Stiftungsvermögen bezahlt.

RAG-Börsengang

Als Teil des geplanten Börsengangs der RAG, deren Zweige Energie, Chemie und Immobilien gemeinsam an die Börse sollen, trennt sich die Bundesregierung von den Bergmannsiedlungen. Da sog. Treuhandstelle für Bergmannswohnungen wird für 450 Millionen Euro Abfindung an RAG und IG BCE übertragen. Falls bei einem späteren Verkauf ein Mehrgewinn erzielt wird, geht dieser an den Bund.

Entsendegesetz

Der Europäische Gerichtshof wies am 18.7.2007 eine Klage der EU-Kommission zurück. Die KOM hatte Deutschland vorgeworfen, die sogenannte Entsenderichtlinie zu streng umzusetzen und behindere ausländische Arbeitnehmer durch die Pflicht, z.B. Arbeitsvertrag, Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen in deutscher Sprache bei sich zu führen. Diese Auflagen sind laut EuGH rechtmäßig, da sie Schwarzarbeit und Sozialdumping wirkungsvoll bekämpfen.

Änderungen bei Lohnsteuerkarten

Das Kabinett beschloss am 8. August 2007 ein neues Anteilverfahren. Statt der Steuerklassen III und V können berufstätige Eheleute künftig eine gerechtere Aufteilung der Lohnsteuerbelastung wählen. Mit dem neuen Verfahren erhalten Ehepaare ab 2009 die Möglichkeit, die Lohnsteuer anteilmäßig zu verteilen. Wer zum Beispiel 20 Prozent des gemeinsamen Einkommens verdient, führt dann auch 20 Prozent der gemeinsamen Lohnsteuer ab. Dem Geringerverdienenden verbleibt so netto mehr vom Lohn. Die Ehegatten können sich freiwillig für das Anteilverfahren entscheiden.

Ab 2011 fällt die Papier-Lohnsteuerkarte weg. Das elektronische Lohnsteuerverfahren "ElsterLohn II" ersetzt künftig die Lohnsteuerkarte aus Papier. Die Beschäftigten brauchen sich künftig nicht mehr um Ausstellung und Weitergabe der Lohnsteuerkarte zu kümmern. Sie teilen dem Arbeitgeber nur einmalig die neue Steueridentifikationsnummer und das Geburtsdatum mit. Damit kann dieser die für die Lohnsteuer erforderlichen Daten beim Bundeszentralamt für Steuern in Bonn elektronisch abrufen. Da die allermeisten Unternehmen mit elektronischer Lohnabrechnung arbeiten, wird das Lohnsteuerverfahren so erheblich einfacher. Auch die Gemeinden werden stark entlastet. Druck und Versand von Millionen von Lohnsteuerkarten entfallen.

Die Arbeitgeber erhalten auch in Zukunft nur die Angaben, die bislang schon auf der Lohnsteuerkarte eingetragen sind (wie Steuerklasse, Freibeträge, Kirchensteuerpflicht, Kinderfreibeträge).



Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467

E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de

Lena Strothmann im Internet: www.lena-strothmann.de

Regierungsentwurf Bundeshaushalt 2008

Gesamtsumme der **Einnahmen/Ausgaben:** **283,3 Mrd. € (+ 4,7 %)**

<u>Die Einnahmen:</u>	237,1 Mrd. €	Steuereinnahmen
	12,9 Mrd. €	Krediteinnahmen (Neuverschuldung)
	33,2 Mrd. €	sonstige Einnahmen

Die größten Ausgabeposten:

Arbeit und Soziales	124,4 Mrd. €	45 % des Gesamthaushaltes
		d. h. für Rente, Arbeitsmarkt, familienpolitische Leistungen, Pflege, Zivildienst etc.
Bundesschuld	43,23 Mrd. €	
Verteidigung	29,30 Mrd. €	
Verkehr und Bau	24,17 Mrd. €	

Zur Info:

Investitionen insgesamt	24,3 Mrd. €
Neuverschuldung	12,9 € (- 6,6 Mrd. € zu 2007)

Zum Vergleich:

Staatsverschuldung:	1.500 Milliarden Euro
davon Bund 2007:	950 Mrd. €

Mein Fazit als stellvertr. Mitglied im Haushaltsausschuss zum Entwurf:

- Die vorgesehene Neuverschuldung von 12,9 Mrd. € ist zu hoch. Da diese Planung hinter den möglichen Konsolidierungsschritten zurückbleibt, muss die Neuverschuldung durch den Bundestag in den kommenden Beratungen verringert werden.
- Die Investitionen 2008 bleiben auf dem Stand von 2007. Dies ist zu wenig. Ich strebe an, die investiven Maßnahmen zu stärken und konsumtive Maßnahmen zu reduzieren. Mit einer höheren Investitionsquote wird der Aufschwung besser unterstützt.
- Arbeitsmarktmaßnahmen, die die Arbeitslosigkeit nicht abbauen, müssen identifiziert und abgebaut werden. Gleichzeitig soll der Spielraum zu einer weiteren Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf mindestens 3,5 % genutzt werden.